Berlin Forum
c/o Stiftung Zukunft Berlin
Koordination: Anett Szabó
Nymphenburger Straße 9
10825 Berlin
Tel.: +49 (0)30 263 92 29-14
szabo@stiftungzukunftberlin.eu
www.berlinforum.berlin

Berlin Forum-Sitzung am 23. Juni 2025
Thesenpapier „Social Media – wie kommen wir zusammen?“

Ausgangspunkt

Soziale Medien wie Instagram, Facebook, TikTok oder X haben sich in den vergangenen Jahren zu dominanten Kommunikationsräumen entwickelt. Sie sind für viele Menschen, insbesondere für junge Zielgruppen, der hauptsächliche Ort der politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Information und Interaktion. Diese Entwicklung wirft grundlegende Fragen für das demokratische Zusammenleben in Berlin auf, einer Stadt mit einer vielschichtigen, international vernetzten und digital affinen Bevölkerung.

1. Digitale Plattformen bieten neue Chancen für Teilhabe – aber auf strukturell undemokratischer Grundlage

Plattformen schaffen unmittelbare Zugänge zu Informationen, erleichtern die Artikulation von Meinungen und die Vernetzung gesellschaftlicher Gruppen. Sie können insbesondere in einer vielfältigen Stadt wie Berlin marginalisierten Stimmen Sichtbarkeit verleihen und zivilgesellschaftliches Engagement mobilisieren. Gleichzeitig operieren sie auf privatwirtschaftlicher Grundlage, ohne demokratische Kontrolle. Ihre Regeln der Sichtbarkeit folgen kommerziellen, nicht demokratischen Logiken.

Konsequenz: Eine gemeinwohlorientierte Weiterentwicklung digitaler Kommunikationsräume muss Ziel politischer, zivilgesellschaftlicher und medienpolitischer Strategien Berlins sein.

2. Die Algorithmen der Plattformen begünstigen Polarisierung, Desinformation und emotionale Spaltung

Inhalte mit hohem emotionalem Potenzial – Empörung, Angst, Hass – erzielen die größte Reichweite. Das fördert die Verbreitung manipulativer Falschinformationen, untergräbt Vertrauen in demokratische Institutionen und vertieft gesellschaftliche Spaltungen. Das zeigt sich in Berlin zum Beispiel insbesondere, wenn wir uns die aktuelle Kriegssituation zwischen Israel und Gaza anschauen. Der Berliner Verfassungsschutz beobachtet mit „gewaltorientierten rechtsextremistischen Netzkulturen“ ein neues, digitales Radikalisierungsphänomen.

Konsequenz: Berlin muss sich für eine transparente Regulierung algorithmischer Systeme, Verstärkung von Faktenchecks, Ausbau digitaler Bildung und gezielte Intervention gegen demokratiegefährdende Netzstrukturen einsetzen.

3. Die Medienvielfalt ist bedroht – journalistische Arbeit verliert Reichweite und Erlöse

Globale Tech-Konzerne kontrollieren zunehmend den digitalen Werbemarkt. Investitionsentscheidungen basieren auf Effizienz, nicht auf demokratischer Relevanz. Unabhängiger Journalismus – insbesondere lokal und regional auch in Berlin – verliert an Sichtbarkeit und wirtschaftlicher Grundlage. Das gefährdet die Meinungsvielfalt und die Qualität demokratischer öffentlicher Debatten.

Konsequenz: Es braucht neue Fördermodelle, gesetzliche Rahmenbedingungen für fairen Datenzugang und faire Werbemärkte sowie die politische Stärkung gemeinwohlorientierter Medien.

4. Hate Speech, Kommunikationsverrohung und Angriffe auf Journalist*innen bedrohen die Meinungsfreiheit

Die digitale Kommunikationskultur hat sich in vielen Bereichen drastisch verschärft. Hate Speech, Diffamierungen und gezielte Einschüchterungen – auch mithilfe digitaler Kampagnen – beeinträchtigen die freie Meinungsäußerung. In Berlin erleben viele Journalist*innen, Aktivist*innen und Politiker*innen digitale Angriffe, insbesondere in konfliktgeladenen Debatten, was demokratische Diskurse schwächt.

Konsequenz: Der Schutz von Medienschaffenden, ein konsequenter Umgang mit digitaler Gewalt und die Stärkung zivilgesellschaftlicher Gegenkulturen sind unverzichtbar.

5. Generative KI verschärft die Unsicherheit über Wahrheit und Realität

In Berlin entstehen zahlreiche Start-ups und kreative Projekte im Bereich Künstlicher Intelligenz – doch mit der zunehmenden Verfügbarkeit von Deepfakes und KI-generierten Inhalten wächst auch die Verunsicherung. Die technische Entwicklung erlaubt es, täuschend echte Fälschungen zu erzeugen – Texte, Bilder, Videos, Stimmen. Damit wird die Grenze zwischen Fiktion und Realität zunehmend unklar. Die Gefahr für die demokratische Meinungsbildung ist erheblich.

Konsequenz: Es braucht Standards für Kennzeichnungspflichten, Transparenz von KI-generierten Inhalten und eine Stärkung von Medienkompetenz in allen Bildungsbereichen.

6. Die demokratische Diskurskultur braucht aktive Gestaltung – auch von Staat, Zivilgesellschaft und Medien

Digitale Öffentlichkeiten müssen nicht nur toleriert, sondern aktiv demokratisch mitgestaltet werden. Auch Berlin steht vor der Aufgabe, seine digitalen Öffentlichkeiten in einer sich permanent wandelnden Welt aktiv zu gestalten. Umso wichtiger ist es, auf aktuelle Gefährdungen demokratischer Strukturen mit Innovation, Regulierung und Bildung zu reagieren, sei es in den Verwaltungen, in der Bildung, im Kulturbereich oder auf Kiezebene.

Konsequenz:

- Staatliche Institutionen sollten Vorreiter demokratischer Kommunikation sein.
- NGOs, Stiftungen, Bildungsakteure und Medien tragen Mitverantwortung für die Qualität öffentlicher Diskurse.
- Die Entwicklung gemeinwohlorientierter Alternativen muss unterstützt werden.
- Hier kann und muss Berlin als politische Hauptstadt Vorreiterin sein.

Leitfragen für die Diskussion

- Wie fördern wir eine lebendige, vielfältige und demokratische Diskurskultur in der digitalen Stadtgesellschaft Berlins?
- Welche Verantwortung tragen Senat, Bezirke, Medien, Zivilgesellschaft und Wirtschaft?
- Welche gemeinwohlorientierten Alternativen zu den großen Plattformen sind denkbar und realistisch?
- Wie kann Berlin als Stadtgesellschaft in diesem Prozess eine Vorreiterrolle einnehmen?
- Welche konkreten nächsten Schritte können aus der heutigen Diskussion hervorgehen?

Dr. Isabella Hermann, Beate Stoffers, 2.6.2025